

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

14.4.1931 (No. 86)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Krenn, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfach Nr. 3645

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM., einj. 32,50 RM., einj. 32,50 RM., einj. 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder stel. Bei Wiederholungen billiger Rabatt, der als Kassenabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern bezogen. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Monarchie in Spanien gefährdet

Nach den Gemeindevahlen

Madrid, 14. April. (Tel.). Das Stimmverhältnis zwischen den beiden Koalitionen zeigt sich in den 49 Provinzhauptstädten einschließlich Madrid und Barcelona mit 595 gewählten monarchistischen Kandidaten gegen 972 Kandidaten der republikanisch-sozialistischen Koalition. Die Sozialistisch-Republikanische Partei hielt unter dem Vorsitz von Alcalá Zanova eine Versammlung ab. In einer dabei gefassten Entscheidung heißt es: Der Wahltag war der erste Triumph der Republik. Es war schon nicht mehr eine Volksabstimmung, sondern ein Urteil gegen den obersten Vertreter der Monarchie. Die Sozialistisch-Republikanische Partei lehnt jede Verantwortung für die Ereignisse ab, die eintreten werden, wenn die Monarchie dem Willen des Landes, das ein republikanisches Regime fordert, Widerstand leistet.

Vor dem Rücktritt des Königs?

London, 14. April. (Tel.). Ein in den frühen Morgenstunden aus Madrid abgegangenes Neuter-Telegramm besagt: Allgemein glaubt man, daß der König zurücktreten wird. In einigen Teilen der Stadt sind die Polizisten angewiesen worden, keinen Gebrauch von der Waffe zu machen. Sie verhielten sich mit der Menschenmenge, die Gehrufe auf die Republik ausbringt. Bisher ist nur ein Zusammenstoß gemeldet worden, bei dem vor dem Verlagsgebäude einer republikanischen Zeitung durch Schüsse der Polizei zwei junge Leute schwer und fünf Personen leicht verletzt wurden.

Die Agentur Jabra veröffentlicht eine Mitteilung zur Information, daß der König heute früh zu einem Minister, der mit ihm über die durch die Gemeindevahlen geschaffene Lage sprach, geküßert haben soll, es sei zweifellos, daß seine Freunde versuchen, die Tragweite der Wahlergebnisse zu mildern. Weil er tatsächlich glaube, daß es sich so verhalte, habe er es für notwendig, daß er die Frage auf einfachste Weise löse. Der Gewährungsmann dieser Meldung genieße unbedingte Glaubwürdigkeit.

Paris, 14. April. (Tel.). Die Morgenpresse befaßt sich sehr eingehend mit den Ereignissen in Spanien und kommt zu dem Schluß, daß der heutige Tag die Entscheidung bringen werde. „Journal“ schreibt, die Freiheit, nach der Spanien strebe, und die es nun teilweise erobert habe, dürfe jetzt nicht in eine Revolution ausarten. „Petit Journal“ spricht von einer Zerlegung des katholischen und monarchistischen Gedankens. „Excelsior“ meint, es sei nicht unmöglich, daß die neuen Cortes zur Ausarbeitung einer demokratischen Verfassung gelangen würden, die die königlichen Befugnisse beschränke, aber, wie in England, den Rahmen des monarchistischen Regimes aufrechterhalte.

Die Rechtsblätter machen Vorbehalte. So erklärt „Figaro“, wenn König Alfonso auch die Stimmen der meisten Großstädte verloren habe, so behalte er doch auf dem Lande treue Anhänger. Es lasse sich annehmen, daß er die Wahlen zum Parlament durchzuführen lassen werde und daß diese Wahlen vielleicht ein anderes Ergebnis haben würden, als die Volksabstimmung am vergangenen Sonntag.

Der „Norman-Plan“

Internationales Finanzinstitut gegen Weltwirtschaftskrise

„Manchester Guardian“ veröffentlicht in einem ausführlichen Artikel Einzelheiten über den sogenannten Norman-Plan, an dem außer dem Gouverneur der Bank von England der ehemalige englische Vertreter im Reichsbankdirektorium, Sir Charles Addison, und der englische Hauptvertreter im Daines-Ausschuß, Sir Robert Kinderley, hervorragend beteiligt sind.

Der Plan, der Mitte April in Basel anläßlich der Aufsichtsratsitzung der W.B. von den Führern der Notenbanken besprochen wurde, habe ein dreifaches Ziel: 1. Mittelbeschaffung für kreditbedürftige Länder, 2. Garantien für die Zahlungsfähigkeit der Kreditnehmer und 3. Schnellster Transfer der Gelder von den Kreditgebern zu den Kreditnehmern. Der Plan zählt zu den kreditbedürftigen Nationen, deren Solvenz für England wichtig sei u. a. Deutschland, die osteuropäischen Staaten und die rohstoffergzeugenden Länder, wie Australien, Argentinien, Brasilien usw. Die Sicherheit für die Solvenz der Kreditnehmer bestehe darin, daß die führenden Finanzleute gemeinsam an der Aufrechterhaltung der Solvenz interessiert seien.

Der Norman-Plan solle darauf hinwirken, daß sich die berühmtesten Industrieunternehmen zur Zusammenarbeit bereitfinden. Es sei daran gedacht, daß Firmen von erstklassigem finanziellen Ruf, wie Unilever, J. G. Farben, Sofina usw., das Stammkapital für die zu gründende internationale Gesellschaft in Höhe von 20 Millionen Pfund aufbringen, von denen wohl nur 5 Millionen einzuzahlen seien. Später würde das Publikum zur Zeichnung von Schuldverschreibungen in Höhe von etwa 100 Millionen Pfund eingeladen werden.

Der Plan sei bereits zweimal erörtert worden und man habe ihm allgemein sympathisch gegenübergestanden. Die deutschen Bankiers gingen sogar noch weiter. Sie forderten es als ihr ihnen unter dem Youngplan zustehendes Recht, daß ein Plan, wie der Norman-Plan, unbedinglich in Kraft gesetzt werde. Die französische Seite sei etwas skeptischer.

Letzte Nachrichten

Der englische Antrag in Genf

Juristische Nachprüfung des deutsch-österreichischen Abkommens

M. Berlin, 14. April. (Priv.-Tel.). Der englische Antrag bezüglich der deutsch-österreichischen Angelegenheit, der gestern im Generalsekretariat des Völkerbundes eingegangen ist, wird voraussichtlich noch im Laufe des heutigen Tages veröffentlicht werden. Der Antrag lautet dahin, das deutsch-österreichische Protokoll zur Schaffung einer Zollunion auf die nächste Tagesordnung des Völkerbundesrats zu setzen. In den Erläuterungen bezieht sich England mit keinem Wort auf die Friedensverträge von Versailles oder St. Germain. Das ist ein hündiger Beweis dafür, daß man in London genau wie in Deutschland, die Angelegenheit nicht als eine politische ansieht, sondern lediglich eine juristische Nachprüfung der Frage beantragt, ob durch die deutsch-österreichischen Vereinbarungen das Genfer Protokoll von 1922 (über die Bedingungen der Stabilisierungsanleihe für Österreich) verletzt worden ist oder nicht.

Die Agrarzollwünsche

Landvolkvertreter in der Reichskanzlei

M. Berlin, 14. April. (Priv.-Tel.). In Abwesenheit des Reichskanzlers empfing heute Staatssekretär Pänder die Vertreter des Landvolks, darunter auch die Abg. Gerike und Hepp, die eine Unterhaltung über die Notverordnung, die Dillhilfe und die Zollmaßnahmen haben wollten. Der Staatssekretär erklärte, daß er noch keine Stellung in Abwesenheit des Reichskanzlers nehmen könne, daß aber Dr. Brüning entschlossen sei, von der Ermächtigung, die ihm der Reichstag zur Zollerrhöhung gegeben habe, Gebrauch zu machen. Voraussichtlich werde schon die erste Sitzung des Reichskabinetts, die in der zweiten Hälfte dieses Monats stattfindet, sich damit beschäftigen.

Der Kreditbedarf des Reiches

M. Berlin, 14. April. (Priv.-Tel.). Zu Pressemeldungen, wonach die Reichsregierung bereits in Verhandlungen über eine neue Anleihe stehe, erfahren wir an zuständiger Stelle, daß davon gar keine Rede sein kann. Ob sich in absehbarer Zeit das Bedürfnis herausstellen sollte, einen möglichen Bankkredit in Anspruch zu nehmen, lasse sich vorläufig noch nicht sagen.

Der deutsche Botschafter in London erkrankt

M. Berlin, 14. April. (Priv.-Tel.). Der deutsche Botschafter in London, von Neurath, ist erkrankt. Es wird dazu erklärt, daß es sich nicht um eine politische Erkrankung handle, da ein Berliner Blatt vor kurzer Zeit seine bevorstehende Abberufung im Zusammenhang mit der Einladung nach Chequers gemeldet hatte. Herr von Neurath wird sich nach Berlin begeben, um sich einer längeren ärztlichen Behandlung zu unterziehen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß eine Operation notwendig wird.

Austausch der Ratifikationsurkunden der Gaager Abmachungen

Warschau, 14. April. (Priv.-Tel.). Anfang kommender Woche wird der polnische Botschafter in Paris im französischen Außenministerium den Austausch der Ratifikationsurkunden der Gaager Abkommen für Polen vornehmen. Am gleichen Tage und zur selben Stunde sollen in Warschau zwischen Außenminister Baleski und dem deutschen Gesandten von Wolke die Ratifikationsdokumente des deutsch-polnischen Requisitionsabkommens ausgetauscht werden.

Schwere Zusammenstöße in Hessen

Ein Toter und ein Verletzter

D3. Darmstadt, 14. April. (Tel.). Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: In Ober-Olm besteht seit kurzem eine Ortsgruppe des Stahlhelms, die auch gleichzeitig mit der Einrichtung einer sogenannten Ortswehr verbunden ist. Am Sonntag trafen sich in Ober-Olm Kommunisten aus der Umgebung. In der Nacht vom Sonntag zum Montag kam es zu Streitigkeiten. Mehrere von den dem Stahlhelm nahestehenden Leuten holten zwei Jagdgewehre. Der Stahlhelmsmann Oberhahn aus Ober-Olm erschoss einen gewissen Adam Krämer, der mit der Sache nichts zu tun hatte und auch kein Kommunist ist, sondern der von einer Hochzeit nach Hause ging. Sein ihn begleitender Bruder wühlte ihn in die Höhe heben; daraufhin wurde von Oberhahn auch auf den Bruder geschossen und dieser verletzt. Der Täter wurde festgenommen.

Massendemonstration französischer Bürgermeister. Wie dem „Matin“ aus Cherbourg gemeldet wird, haben die Bürgermeister von 22 Gemeinden in Nordfrankreich beschlossen, dem Innenministerium ihre Demission zu übermitteln, weil sie sich außerstande erklären, die Sozialversicherungsgesetzgebung zur Anwendung zu bringen.

Die Organisation des staatlichen Sicherheitsdienstes in Baden

Unter diesem Titel ist soeben im Deutschen Polizeiverlag Lübeck-Berlin eine umfangreiche Arbeit von Ministerialrat Dr. Bartz erschienen, die einen ausführlichen Überblick über den Aufbau, die Organisation und die vielseitige Wirksamkeit der Polizei in Baden bietet. Die Abhandlung Dr. Bartzs ist nicht nur für den Polizeifachmann und Juristen, sondern auch für weitere Kreise von Interesse, weil sie nach den verschiedensten Seiten hin das Tätigkeitsfeld der Polizei in der Öffentlichkeit beleuchtet.

In Baden haben wir die sogenannte Einheitspolizei, zu der auch die Kriminalpolizei gehört, das heißt, die Polizei ist nicht nur nach der Dienstausbildung, sondern auch nach dem Recht einheitlich organisiert. Die Beamten der Kriminalpolizei stehen infolge der ihnen übertragenen Aufgaben in einem besonderen Verhältnis zur Strafverfolgungsbehörde. Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft sind in Baden alle Angehörigen der staatlichen Ordnungspolizei und der Gendarmerie. Die zur Handhabung der Polizeigewalt zuständigen Behörden sind in Baden in unterster Instanz die Gemeinden als Ortspolizeibehörden und das Ministerium des Innern; die Ortspolizei umfasst jenseitige polizeilicher Tätigkeit, deren Aufgabe es ist, die Gemeininteressen der örtlichen Gemeinschaft zu betriebligen; die Landespolizei umfasst diejenigen Aufgaben, welche Gemeininteressen einer größeren als der örtlichen Gemeinschaft unmittelbar berühren. Eine staatliche Verwaltung der Ortspolizei findet zur Zeit statt in Baden, Durlach, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Kehl, Konstanz, Rahr, Lörrach, Mannheim, Offenburg, Pforzheim, Raftatt und Waldshut. Bezüglich der polizeilichen Befugnisse der Bezirksräte vertritt Dr. Bartz die Meinung, daß bei aller Anerkennung des in der Organisation liegenden Prinzips der vollstümlichen Unterstützung der staatlichen Polizeiverwaltung durch die Bezirksräte unter modernen polizeilichen Gesichtspunkten diese Materie spätestens bei einer Neufassung des badischen Verwaltungsgesetzes neu geregelt werden müsse.

In der Bezirksinstanz der staatlichen Polizeiverwaltung bestehen seit 1902 die Polizeidirektionen Mannheim und Karlsruhe, seit 1922 solche in Freiburg, Heidelberg und Pforzheim und seit 1924 in Baden-Baden. Für Mannheim und Karlsruhe empfiehlt Dr. Bartz in seiner Abhandlung, daß man hier dem Bezirksamt die Bezeichnung Polizeidirektion offiziell beilege und den Bezirksbeamten als Polizeidirektor bezeichne. Staats- und etatmäßige Bedenken würden dem nicht entgegenstehen und die Belange des Landbezirks in Karlsruhe und Mannheim könnten von einem älteren Verwaltungsbeamten unter Oberaufsicht des Polizeidirektors besorgt werden. In Baden sind also Polizeiverwalter und Polizeiverwender der Minister des Innern, der Landrat bzw. Polizeidirektor und der Bürgermeister, in Ausnahmefällen auch der Landeskommissar.

Besonders interessant ist das Kapitel über die technische Organisation des Sicherheitsdienstes. In Baden waren die Maßnahmen zur Durchführung der Neuorganisation der Polizei durch die Bedingungen des Friedensvertrages stark beeinflusst. Die ursprüngliche Sicherheitspolizei mußte auf Verlangen des Feindbundes Ende 1920 aufgelöst werden. Für Baden wurde dann die Polizeistärke auf 4000 Beamte festgesetzt, von denen 1700 kaserniert sein dürfen. Die Zahl der Gendarmeriebeamten wurde auf höchstens 866, die Zahl der Gemeindepolizeibediensteten auf 446 festgelegt. Nur jeder dritte Polizeibeamte darf im Besitz eines Karabiners sein, die Zahl der Maschinenpistolen wurde kontingentiert. Maschinengewehre sind nur für die ebenfalls kontingentierten Panzerwagen zugelassen; besondere technische Formationen sind unterzagt, ebenso besondere Stäbe und Polizeieintendaturen. Die gesteigerten Aufgaben der Polizei führten in Baden 1920 zur Errichtung der Polizeischule in Karlsruhe, wo die Polizeibeamten ihre körperliche, waffentechnische und polizeifachliche Ausbildung erhalten, die eine außerordentlich vielseitige ist.

Die Ordnungspolizei zerfällt in den Polizeiverwaltungsdienst, den uniformierten Außendienst der Polizei und den Kriminal- und Fahndungsdienst. Der uniformierte Außendienst gliedert sich wieder in den Revierdienst und Bereitschaftsdienst. Zu letzterem gehören auch die kasernierten Einsatzbereitschaften in Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg, Freiburg, Pforzheim, Bruchsal und Waldshut. Außerdem ist das ganze Gebiet Badens in sog. Schutzbezirke eingeteilt, in denen das Eingreifen bei besonderen Fällen den Einsatzbereitschaften obliegt. Diese sind Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz. Überall da, wo staatliche örtliche Polizei besteht, sind auch Kriminalpolizeiabteilungen errichtet worden. Ab 1922 wurde in Baden

bei der Polizeidirektion Karlsruhe ein besonderer polizeilicher Erkennungsdienst mit der Bezeichnung „Badisches Landespolizeiamt Karlsruhe“ eingerichtet. Seine Außenstellen sind Mannheim, Heidelberg, Mosbach, Bruchsal, Pforzheim, Kastatt, Baden-Baden, Kehl, Offenburg, Lahr, Willingen, Freiburg, Lörrach, Waldshut und Konstanz. Das Landespolizeiamt Karlsruhe verfügt heute über alle zum Erkennungsdienst notwendigen Einrichtungen. Fingerabdrucksammlung, Straftaten- und Spezialistenkartei, Wertgegenstandskartei, Gefangenen-, Spitznamen-, Kennzeichenkartei, Lichtbildsammlung; es ist für Baden Falschgeldzentrale, Fingerringzentrale, Zentralmeldestelle für vermählte und bekannte Tote, Zentralstelle für Bekämpfung von Schmutz und Schand, für Bekämpfung des Mädchenhandels. An das deutsche Polizeifunknetz ist Baden mit 4 Stationen angeschlossen, und zwar mit einer Funkleitstelle und Polizeifunkstellen in Mannheim, Lörrach und Konstanz.

Der Verwaltungspolizei obliegen Baupolizei, Gewerbe- und Marktpolizei, Nahrungsmittelpolizei usw. Zum Verwaltungsdienst gehört auch die weibliche Polizei, die in Baden bei den Polizeidirektionen Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg, Pforzheim und Freiburg eingerichtet ist. Der Exponent der Staatsgewalt auf dem flachen Lande ist die Gendarmerie. Ihre Dienstaufgabe ist der allgemeine Sicherheitsdienst, der kriminalpolizeiliche Dienst und der verwaltungspolizeiliche Dienst. Die gegenwärtige Verteilung der 768 Beamten starken Gendarmerie gliedert sich in 62 Gendarmeriebezirke, 194 Nebenstationen und 9 Zweigstellen.

Als allgemeine Organisationsgrundsätze der modernen Polizei stellt Dr. Vard folgende heraus: Die Verwaltung der Sicherheitspolizei wird weitgehend in die Hand des Staates genommen, eine Entwicklung, die sich nicht nur in Baden, sondern in allen deutschen Ländern und auch im Ausland beobachten läßt; alle Dienstzweige der Polizei einschließlich der Gendarmerie werden zur Abwehr des reisenden und internationalen Verbrechertums, insbesondere unter dem Einfluß der Technik mehr und mehr miteinander verflochten; auch in der Verwendung der Polizei gilt das Einheitsprinzip: Einheitspolizei. Dabei hat die Polizei nicht nur gegen den Rechtsbrecher einzuschreiten, sondern auch die notwendige Strafverfolgung sicherzustellen; die moderne Polizei betont stark die Vorbeugung und Verhütung von Verbrechen gegenüber der nur repräsentativen Strafverfolgung.

In seinem Schlußwort betont Dr. Vard, daß der staatliche Sicherheitsdienst in Baden in seiner fachlichen Ausbildung und technischen Ausrüstung befähigt und in seiner inneren Einstellung jederzeit bereit ist, als machtvolles und zuverlässiges Instrument des republikanischen Staates im Kampf gegen politische Umsturzbestrebungen, wie gegen ein stärker gewordenen Verbrechertum zu dienen. Albert.

Der Presschef Kapp 7. In Berlin starb der frühere Rechtsanwalt Paul Bredered. Er besaß in Berlin vor dem Kriege eine glänzende Rechtsanwaltspraxis und verkehrte in den höchsten Kreisen. Später stellte es sich heraus, daß er infolge seiner Leidenschaft für Rennwetten die Vermögen mehrerer seiner Mandanten verspielt und verwettet hatte. Er floh damals nach Südamerika. Bei Kriegsbeginn schlug er sich nach Europa durch und meldete sich unter falschem Namen als Kriegsfreiwilliger. An der Front tat sich Bredered immer wieder hervor. Das Kriegsgericht verurteilte ihn wegen unzulässiger Namensführung unter Anerkennung seiner vaterländischen Gesinnung zu einem Tage Gefängnis. Das Verfahren wegen der anderen Anschuldigungen wurde aus Mangel an Beweisen eingestellt. Der Kaiser beförderte Bredered zum Offizier. Nach dem Kriege eröffnete Bredered in Berlin ein Rechtsbüro und suchte Anschluß bei rechtsradikalen Kreisen. Kapp machte ihn bei Beginn des Kapp-Zuges zum Presschef.

Hg. Feder zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Feder wurde am Montag vom Großen Schöffengericht in Kassel wegen Vergehens gegen § 5 Abs. 1 des Republikstufgesetzes zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Die Strafe wird gegen eine Buße von 200 RM. auf drei Jahre ausgesetzt. Dem Urteil liegen drei Anzeigen Feders zugrunde, die er in einer Rede in Kassel getan hat.

Volkschauspiel Detigheim wieder Andreas Hofer

Nach endgültiger Festlegung beginnt die diesjährige Spielzeit in Detigheim mit dem 14. Juni und dauert bis zum letzten Septembersonntag einschließlich. Zur Aufführung gelangt wiederum der Pippische „Andreas Hofer“, allerdings mit musikalischen und textlichen Neu- und Umformungen.

Der verhältnismäßig späte Spielbeginn hat seine besonderen Ursachen. Zunächst muß die durch die letzten Herbststürme zum Teil vollkommen zerstörte Bühne wieder neu aufgebaut werden. Der Schaden ist viel beträchtlicher als ursprünglich angenommen wurde. Bei dieser Gelegenheit wird das Bühnenbild einige wesentliche Veränderungen erfahren; eine Reihe von technischen Neuerungen und Verbesserungen wird die Sicherheit der gesamten Anlage erhöhen. Sodann wird, um Verlustaufführungen möglichst zu vermeiden, mit dem Spielbeginn bis in die Hochsaison hinein zugewartet.

Der zwangsläufige Wiederaufbau fordert von der ganzen Spielgemeinde den größten Opfermut. Aber das Vertrauen zum großen Kreis der Zuschauer ist so groß, daß die Vorbereitungsarbeiten bereits in vollem Zuge sind.

Die Nombert-Feier des Bundes rheinischer Dichter. Der Bund rheinischer Dichter, der im Oktober 1931 zu seiner diesjährigen Hauptversammlung in Freiburg i. B. zusammengetreten wird, benutzte seine Mannheimer Zwischenstation zu einer Nombert-Feier, die vor geladenen Gästen im großen Vortragssaal der Kunsthalle stattfand. Dr. Fritz Droop stellte in einführenden Worten, die nach seiner eigenen Äußerung mehr von Bewunderung als von kritischer Einstellung diktiert waren, die Brücke zwischen dem Auditorium und dem Dichter Nombert her, den er als den visionären Kunder einer neuen deutschen Antike feierte. — Alfred Nombert las dann in feierlicher Stimmung eine Auswahl aus seinen „Nabobischen Gesängen“. Das Publikum bereitete ihm eine herzliche Guldigung. — Der Tagung wohnte u. a. auch der Mannheimer Oberbürgermeister Dr. Heimerich bei. Frau Ida Dehmel erschien als Ehrenkraft zu den internen Besprechungen der Bundessitzung.

Die Industriespionage im Höchst

Wer ist der Auftraggeber?

Zu der Verhaftung des früheren Mitglieds des Betriebsrats des Wertes Höchst der J. G. Farbenindustrie AG, Dienstbad, wird noch gemeldet: Bei dem Verhafteten wurden Briefe des Kommunisten Steffen gefunden, worin dieser Dienstbad den Auftrag erteilt, in umfassendem Maße Betriebsgeheimnisse der deutschen Industrie zu ermitteln. Es wurden noch weitere Kommunisten verhaftet, die als Helfershelfer Dienstbads gelten. Auch Steffen, der die Rolle des Mittelsmannes spielt, wurde verhaftet. Dienstbad und Steffen sollen im Auftrag der russischen Handelsdelegation in Berlin gehandelt und auch in Kunstseidefabriken verhaftet haben, Fabrikationsgeheimnisse zu erfahren. Dies wird jedoch von der russischen Handelsvertretung bestritten.

Weiter wird berichtet: Der wegen Industriespionage verhaftete Führer der Höchst-Kommunisten, der etwa 30 Jahre alte Karl Dienstbad, hatte Auftrag erhalten, die Betriebsgeheimnisse der chemischen Industrie Süddeutschlands zu ermitteln. Dieser Auftrag erstreckte sich nicht allein auf die J. G. Farbenindustrie, sondern ganz allgemein auf die chemische Industrie im süddeutschen Bezirk. Allerdings ergab sich aus der beschlaggenommenen Korrespondenz zwischen Dienstbad und dem Berliner Kommunisten Steffen, daß man es neben dem Ludwigshafener Werk der J. G. Farben in erster Linie auch auf das Werk Höchst und seine Produktion abgesehen hatte. Die Spionage im Werk Höchst war vor allem auf die dort produzierten Farbstoffe, aber auch auf eine Reihe anderer, speziell in Höchst hergestellter Erzeugnisse gerichtet. Man kann nach den bisherigen Ermittlungen noch nicht sagen, ob und in welchem Umfang der chemischen Industrie durch die Spionage Dienstbads und anderer Beteiligten Schäden entstanden sind. In maßgebender Stelle vertritt man die Auffassung, daß man gerade noch zur rechten Zeit hinter das Treiben der Spione gekommen ist, so daß ihnen vielleicht nicht allzuviel Geheimnisse in die Hände gefallen sind.

Die bisherigen Ermittlungen ergeben einen erheblichen Anhalt dafür, daß es sich hier um eine über ganz Deutschland verbreitete Organisation handelt, die dem Zweck dient, Wirtschaftsspionage zu treiben. Als deren Haupt erscheint Steffen, einer der maßgebenden Führer der RSD. (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition). Für Süddeutschland bediente er sich dabei der Vermittlung des Karl Dienstbad, der von seiner früheren Tätigkeit im Werk Höchst a. W. der J. G. Farbenindustrie persönliche Beziehungen zu Chemikern und Angestellten hatte. Inwieweit Steffen, dessen Frau als Privatsekretärin der russischen Handelsdelegation angestellt ist, die durch seine Mittelsmänner erlangten Berichte und Betriebsgeheimnisse verwertet hat, konnte bisher noch nicht mit genügender Sicherheit aufgeklärt werden. Die an der Wirtschaftsspionage beteiligten Personen, insbesondere Steffen und Dienstbad, verfügen über reichliche Geldmittel. Am 10. April wurde noch der Sekretär der RSD, der Pfalz, Eugen Herbst, festgenommen; weitere Verhaftungen sind bisher noch nicht erfolgt.

Russlandreise polnischer Industrieller

W.D. Warschau, 14. April. (Tel.) Eine Abordnung polnischer Industrieller, die ihre geplante Russlandreise wegen eines höchlich dem Volksoffiziarat für Handel ausgeübten polenfeindlichen Kommunismus verboten hatte, hat sich nun doch entschlossen, die Reise nach Sowjetrußland anzutreten, da von russischer Seite mitgeteilt wurde, daß das von der polnischen Presse stark kommentierte russische Kommuniqué nicht von amtlicher Seite stamme.

Kurze Nachrichten

Reichsinnenminister Dr. Wirth ist am Montag in Rom vom Papst in längerer Privataudienz empfangen worden.

Stahlhelm-Beschwerde beim Reichskanzler. Nach einer Mitteilung des Bundesamts des Stahlhelms hat am Montag der Leiter der Abteilung Volksbegehren beim Bundesamt im Auftrag der größten Fälle der zahllosen bisher schon erfolgten Verbindungen des „Volksbegehrens Landtagsauflösung“ durch Behörden auf Grund der Notverordnung übermittelte und sein Eingreifen zum Schutze der verfassungsmäßigen Rechte in Preußen“ erbeten.

Gastpflichtversicherungszwang für Kraftfahrzeuge. Im preussischen Staatsrat hatten die Arbeitsgemeinschaft, die Staatspartei und die Sozialdemokraten in einer Anfrage darauf hingewiesen, daß die Gastpflicht des öffentlichen, privaten und Postautoverkehrs dringend einer einheitlichen Regelung bedürfe. In seiner Antwort teilt der preussische Handelsminister jetzt mit, daß entsprechende Gesetzesentwürfe den Ländern demnächst vom Reichsverkehrsminister unterbreitet würden.

Anhalt und die Erdölspedition. Das Anhaltische Staatsministerium hat dem Landtag einen Gesetzentwurf unterbreitet, der einen Vorbehalt des Staates auf Erdöl auspricht. Da Anhalt über ausgedehnte Kalifelder verfügt, so vermutet die Bergverwaltung auch das Vorhandensein von Erdöl. Durch diesen Vorbehalt sollen solche Zustände, wie sie sich im hannoverschen Erdölgebiet im Laufe der Zeit durch den Wettbewerb der einzelnen Unternehmungen untereinander sowie durch die Spekulation herausgebildet haben, vermieden werden. Es wird darauf hingewiesen, daß im hannoverschen Erdölgebiet Preise bezahlt und Bedingungen eingegangen wurden, die in vielen Fällen das Unternehmen von vornherein unrentabel machten.

Der Tiroler Landeshauptmann Stumpf erhielt das Ehrenkreuz des Deutschen Roten Kreuzes mit Zustimmung des Reichspräsidenten von Hindenburg.

Weltbund für Blindenfürsorge. Auf dem in New York eröffneten Kongress des Weltbundes der Blindenfürsorge sind 87 Länder mit 120 Delegierten vertreten, darunter 9 Deutsche.

Wissenswertes über Grundstücks-Zwangsversteigerungen. Im Verlage der Buchdruckerei A. Kauscher in Freiburg i. B., Benzingerstraße 42, ist eine kurze Abhandlung „Wissenswertes über Grundstücks-Zwangsversteigerungen“ erschienen, die von Justizrat Schmieder, Notar in Freiburg i. B., entworfen ist. Der Verfasser, bei dem alle Grundstücks-Zwangsversteigerungen aus Freiburg i. B. und den Bezirken zusammenlaufen, schreibt aus praktischer Erfahrung. Er hat die gestellte Aufgabe, das Wissenswertes über Einleitung und Durchführung eines Verfahrens, insbesondere über das geringste Gebot, kurz und in gemeinverständlich Weise darzustellen, recht gut gelöst. Preis 60 Pf.

Zur Reform der Arbeitslosenhilfe

In den nächsten Tagen werden im Reichsarbeitsministerium die Erörterungen über die Reform der Arbeitslosenversicherung beginnen. Von Arbeitgeberseite ist u. a. vorge schlagen worden, die verheirateten berufstätigen Frauen überhaupt aus der Arbeitslosenversicherung herauszunehmen. Berechnungen sollen ergeben haben, daß die Reichsanstalt dann um rd. 40 Millionen Reichsmark jährlich entlastet würde, weil etwa um diesen Betrag die Ausgaben der Anstalt für erwerbslose verheiratete Frauen größer sind als die Einnahmen aus ihren Beiträgen. Die Reichsregierung hat bisher noch keine genaueren Pläne über die Reform der Arbeitslosenversicherung aufgestellt.

Die Gutachterkommission wird in dieser Woche ihre Arbeiten fortsetzen. Sie tritt heute erstmalig wieder zusammen, um zunächst ihre Beratungen über die Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung abzuschließen, und sich sodann mit den verschiedenen Formen der Arbeitslosenfürsorge zu beschäftigen, wobei sie insbesondere die Vorschläge des Deutschen Städte tags zu untersuchen haben wird.

Die „N. Mannh. Ztg.“ schreibt in einem Artikel u. a.:

„Es ist schließlich ausgeschlossen, ohne eine Reform der Arbeitslosenversicherung an Haupt und Gliedern in den nächsten Winter hineinzugehen. Und doch kommen wir darum einfach nicht herum. Die Arbeitslosenversicherung muß wieder Versicherung werden. Sie hat nur den zu unterstützen, der wirklich arbeitslos ist. (Nicht jeder, den unsere allzu schematische Reichsstatistik als „erwerbslos“ ausweist, ist es wirklich. Gute Kenner raten, von den zum statistischen Reichsamt ermittelten Zahlen rund zwei Millionen abzugiehen.) Und so darf den Anreiz zur Arbeit nicht erlöschen. Man soll diese Dinge nicht nur aus dem Blickfeld des Städters betrachten. Auf dem flachen Lande gibt es heute noch viel Arbeit, die ungetan bleibt, weil die Leute, denen man sie anträgt, sich so besser zu stellen glauben. Man stempelt halt aber, wenn man zu den Ausgesteuerten gehört, bedroht man die Gemeinde. Der Gemeinderat aber besteht aus Bauern, die, vielleicht nicht ganz ohne Grund, Angst haben, daß ihnen Wohnhaus, Ställe und Scheunen eines Tages in Flammen aufgehen könnten. Der Landjäger ist, zumal beim System der Einzelgehöfte, nicht so leicht erreichbar wie, auf telephonischen Anruf, das mit Schutzpolizisten bewehrte Lastauto in der Großstadt.“

Der Kürtenprozeß in Düsseldorf

Die Geständnisse des Massenmörders

Der Düsseldorfener Massenmörder Kürten gab im Verlauf seiner Vernehmung eine Anzahl Mordtaten an. Er behauptet, er sei in den Gefängnissen und den Jugendhäusern öfters mißhandelt worden, und die grausamen Fesslungen hätten erst die Empfindungen in ihm geweckt, die später bei den Mordtaten zum Ausdruck kamen. Auch die Brandstiftungen habe er hauptsächlich deshalb begangen, weil er Gefallen an dem Feuererchein und an den Schreckensrufen der Bewohner hatte. Kürten beschwerte sich ferner über den früheren Strafvollzug in den preussischen Gefängnissen mit Dunkelarrest zu Weihnachten und Ostern, Fesslungen in schweren Ketten, schlechten Lagerstätten und Hungerstrafen. In den 22 Jahren, die er verurteilt habe, sei er vierzigmal disziplinarisch bestraft worden. Nach der Schilderung seiner übrigen, bereits bekannten Mordtaten erklärte Kürten auf die Frage des Vorsitzenden, ob er die bekannten Briefe geschrieben habe: „Ja, ich verpackte mir von der damit verbundenen Aufregung die Möglichkeit einer fahrlässigen Verleumdung.“

W.D. Düsseldorf, 14. April. (Tel.) Am heutigen zweiten Verhandlungstage wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Der Verhandlung dürfen 22 Pressevertreter sowie einige Professoren und sonstige beruflich oder wissenschaftlich interessierte Persönlichkeiten beizuhören.

Nach Ausschluß der Öffentlichkeit setzte Kürten seine Aussagen fort. Seiner Meinung nach, so erklärte er, beruhe sein jetziger Zustand auf Vererbung und den traurigen Verhältnissen in seinem Elternhause. Bei dem vielen Verumrathen mit seiner Familie hätte er schon als Kind viel erlebt und damals bereits angefangen, Hunde zu töten. Als achtjähriger Knabe habe er einen anderen Knaben von einem Floss in den Rhein geschoben, so daß der Knabe ertrank. Einen zweiten Knaben, der ins Wasser gefallen war, habe er weiter hineingeschoben, so daß er auch ertrank. Als die häuslichen Verhältnisse immer schlimmer wurden, sei er fortgelaufen, habe in Möbelwagen übernachtet und dort allerlei erlebt und gesehen. Als schließlich die anderen Kinder mit Fingern auf ihn wiesen, habe er sich abgesondert. Das Quälten und Verwunden von Tieren hätte ihm angenehme Erregungen und Entspannungen gegeben. Im elterlichen Schlafzimmer, einem kleinen Raum, habe die ganze Familie in drei Betten geschlafen, wobei er auch viel zu hören und zu sehen bekam.

Kleine Chronik

Der bekannte Berliner Jazzbandleiter Vorkardt, der mit seiner Kapelle ein Gastspiel in Saarbrücken absolvierte, wurde dort verhaftet. In seiner Wohnung hatte ein junges Mädchen Veronal genommen und ist gestorben. Nach einer weiteren Meldung ist der Tod durch Erstickung eingetreten, da man den Magen auszubumpfen versuchte. Ein Musiker Hoffmann, der mit Vorkardt zusammen die Wiederbelebungsbemühungen unternommen hatte, wurde gleichfalls festgenommen.

In Hannover begann am Montag nach jahrelanger Voruntersuchung der sogenannte Erdölprozeß gegen 7 Angeklagte, die beschuldigt werden, durch den Verkauf wertloser Anteile neugegründeter Erdölunternehmungen Millionen erschwindelt zu haben.

Auf der Landstraße bei Bremen geriet am Sonntagabend ein mit 6 Personen besetzter Kraftwagen ins Schleudern und stürzte um. Der Chauffeur war sofort tot. Der Aienforscher Dr. Torgler erlitt schwere, jedoch nicht lebensgefährliche Verletzungen.

Der beim Arbeitsamt Altona beschäftigte, 35 Jahre alte Kassierer Gilmit ist nach Untersuchung amtlicher Gelder in Höhe von 45 000 RM. flüchtig. Gilmit stand seit 1925 in fahrlässigen Diensten.

Dem Berliner Raubbezernat ist es gelungen, die Räuberbande ausfindig zu machen, die Anfang dieses Monats auf dem Gelände der Cecilienärten in Schöneberg in Verwaltungsbüro den Raubüberfall verübt hatten, bei dem den Tätern ungefähr 20 000 RM. Raubgelder in die Hände gefallen waren, nachdem sie den im Büro anwesenden Verwalter, den Förstner und dessen Frau durch Vorhalten von Revolvern eingeschüchtert hatten. Die fünf Verbrecher hatten sich durch Masken unkenntlich gemacht.

Der Bombenanschlag auf die Warschauer Sowjetvertretung. Der wegen des veruchten Bombenanfalls auf die Sowjetbotschaft in Warschau angeklagte Poljancki wurde zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Badischer Teil

Rheinregulierung Straßburg-Basel

Wie aus dem Geschäftsbericht des schweizerischen Post- und Eisenbahndepartements für das ablaufende Jahr hervorgeht, konnte, nachdem der Vertrag zwischen der Schweiz und Deutschland (am 7. Juni 1930 in Kraft getreten) und derjenige mit Frankreich (19. Mai 1930) über die Zusammenarbeit und Kostenbeteiligung die notwendigen Unterlagen schuf, mit den Vorbereitungsarbeiten für die Regulierung begonnen und die Beschaffung der Maschinen und Geräte, sowie des Baumaterials eingeleitet werden. Das schweizerische Amt für Wasserwirtschaft wirkte bei den Vergabungen mit. Wo der Preisunterschied nicht allzu groß war, wurden auch Schweizer Offerten berücksichtigt.

Nach Anlieferung der Materialien wurde mit den Arbeiten im Winter 1930/31 begonnen. Die aus den beteiligten Ländern zusammengesetzte Baukommission und der Finanzausschuss traten bereits im Berichtsjahr zusammen. Es wurde im gegenseitigen Einvernehmen die Geschäftsordnungen für diese beiden Organe aufgestellt und verschiedene andere Geschäfte behandelt. Ferner wurden Baustellen besichtigt.

Kontingentierung der Tabakanbaufläche in Baden

Auf Grund der Bestimmungen über die Tabakkontingentierung in der Notverordnung des Reichspräsidenten hat das badische Staatsministerium am 28. März 1931 angeordnet, daß die Verteilung der zulässigen Tabakanbaufläche auf die einzelnen Pflanzler einer Gemeinde durch einen vom Gemeinderat zu ernennenden Ausschuss zu erfolgen hat. Sämtliche Bürgermeisterämter haben auf Grund dieser Verordnung ortsüblich bekannt zu machen, daß jeder Landwirt, der im Jahre 1931 Tabak anbauen will, innerhalb einer Woche unter Angabe der Größe der Fläche, die er mit Tabak zu bebauen beabsichtigt, einen entsprechenden Antrag bei dem Bürgermeisteramt zu stellen hat. Nach Ablauf dieser Frist gibt dann das Bürgermeisteramt die Anträge dem Pflanzerausschuss, der dieselben nach Art- und Neupflanzern trennt.

Bei der Verteilung der zulässigen Tabakanbaufläche auf die einzelnen Pflanzler sind in erster Linie die Altpflanzler, das heißt solche, die in den Jahren 1927, 1928, 1929 und 1930 Tabak bauten, zu berücksichtigen. Die von jedem dieser Altpflanzler in den vier genannten Jahren angebaute Höchstfläche ist der Verteilung zugrunde zu legen. Übersteigt nun die Summe der Einzelhöchstflächen die zulässige Tabakanbaufläche der Gemeinde, so muß von der Höchstfläche eines jeden Landwirts ein entsprechender Prozentsatz abgezogen werden. — Sofern außer den Altpflanzern noch Personen, die bisher keinen Tabak bauten, um Zulassung zum Tabakbau nachsuchen, so ist zur Vermeidung von Härten die zulässige Tabakanbaufläche nicht in vollem Umfange auf die Altpflanzler zu verteilen, sondern ein entsprechender Teil der Gemeindefläche den Neupflanzern abzugeben und an die Neupflanzler zu vergeben.

Die christlichen Gewerkschaften Badens zur Lohnsenkung

Die christlichen Gewerkschaften Südwestdeutschlands hielten kürzlich in Karlsruhe ihre Frühjahrstagung ab. Es wurde besonders die Frage der Lohnsenkung besprochen und das Ergebnis der Beratungen in einer Entschließung zusammengefaßt, worin es u. a. heißt:

„Die Auffassung, daß durch Lohnsenkungen die Zahl der in der Wirtschaft verfügbaren Arbeitsplätze vermehrt werden könne, hat sich als irrig erwiesen, denn die Zahl der Arbeitsplätze in der Wirtschaft ist durch die technische Ausrüstung und die Absatzmöglichkeiten bestimmt. Die Lohnsenkung ohne Rücksicht auf die Lohnhöhe muß die Inlandskaufkraft schwächen und führt so zwangsläufig zur weiteren Drosselung der Wirtschaftstätigkeit und damit zur erhöhten Freisetzung von Arbeitskräften. Eine Belebung der Industrie kann nur auf dem Wege der radikalen Preislenkung und durch Befreiung von unnötigen Verwaltungs- und Behördenaufwendungen erfolgen, weil nur so der erhöhten Produktionsmöglichkeiten auf dem Binnenmarkt neue Absatzmöglichkeiten erschlossen werden.“

Im Laufe der Tagung übermittelte der Abg. Gengler, Stuttgart, im Auftrage der Gesamtmitgliederschaft und der anwesenden Vertreter dem Vorsitzenden des südwestdeutschen Landesartikels, Landtagsabgeordneten Heurich, die herzlichsten Glückwünsche zum 25jährigen Dienstjubiläum.

Aus der evangelischen Landeskirche

Die Jahreshauptversammlung der Kirchlich-Positiven Vereinigung, die kürzlich in Karlsruhe tagte und stark besucht war, faßte eine gegen das Verhalten des Pfarrers Eder gerichtete Entschließung. Landeskirchenrat Pfarrer Bender (Mannheim) wurde einstimmig zum ersten Vorsitzenden, Landeskirchenrat Steueramtmannt Dittes (Emmendingen) zum stellvertretenden Vorsitzenden wiedergewählt.

Aus der badischen Industrie

Der neue Schiedspruch in der Zigarrenindustrie. Die neuen Lohnverhandlungen in der Zigarrenindustrie, die dieser Tage in Hamburg stattfanden, führten zu einem Schiedspruch, dem sich beide Parteien im voraus unterworfen haben. Der Spruch bringt einen Lohnabbau von 4 bis 6 Prozent. Von dem vierprozentigen Abbau werden rund 20, von dem sechsprozentigen rund 80 Prozent der Beschäftigten betroffen.

Tagungen

Die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft, Landesverband Baden, hielt am Sonntag in Offenburg ihre diesjährige Landesverbandstagung ab. Der 1. Vorsitzende, Oleg. Nat. Brohmer, Karlsruhe, begrüßte die erschienenen Vertreter der einzelnen Bezirke, auch den 1. Vorsitzenden des Nachbarverbandes Württemberg, Oberingenieur Dehn, Stuttgart. Ein Antrag Pforzheim, zur Verbesserung der bestehenden Versicherung für Rettungschwimmer, wurde an den Reichsverbandstag weitergeleitet. Die Tagung brachte die einzelnen Bezirkegruppen wieder einander näher und die Vertreter lernten viel Neues für ihre praktische und organisatorische Arbeit im Dienste der Lebensrettung und der Nächstenliebe.

Hauptausflug des Odenwaldklubs. Dieser Tage hielt der Hauptausflug des Odenwaldklubs in Weinheim eine Besprechung ab. U. a. wurden Zusätze festgelegt für eine Zugenderbergs in Beerfelden, für die Wiederherstellung der Lindenfeinstütze bei Heppenheim, für die Anlage einer Wegbezeichnung auf der Rheininsel „Ruhhof“, für ein Heimatmuseum in Dreieichenhain. Einen gewissen Raum in den Beratungen nahm die finanzielle Lage des Klubs ein, die trotz unangenehmer Vorkommnisse in der Führung des Reichertsmates als durchaus günstig zu bezeichnen ist.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl. In Gausen (Amt Schopfheim) wurde der bisherige Bürgermeister, Albert Hauser, wiedergewählt. In der Abstimmung, an der sich 87 Prozent der Stimmberechtigten beteiligten, erhielt der bisherige Bürgermeister 570 Stimmen, während ein kommunistischer Kandidat, Arthur Dimmer, 118 Stimmen auf sich vereinte.

Bezirksrat mahnt zur Einführung der Notsteuern. Der Bezirksrat Heidelberg beschäftigte sich unter anderem mit der Frage der Einführung der Bier- und Bürgersteuer. Die Erhebung dieser Steuern wird auf Grund der Notverordnung vom 1. Dez. 1930 mit Ausnahme von Wiesloch in allen Gemeinden des Landbezirks notwendig, zum größeren Teil sogar mit 50- und 100-proz. Zuschlägen. Der Bezirksrat erließ auf Grund der Gemeindevorordnungen Anweisungen, da die Gemeinden entsprechende Beschlüsse bis jetzt nicht vorgelegt haben, obwohl die neue Biersteuer schon vom 1. April 1931 an erhoben werden soll.

Abgelehnter Gemeindevoranschlag. In Ottersheim bei Schwetzingen hatte der Gemeinderat dem Bürgerausschuss einen Voranschlag vorgelegt, der mit einem ungedeckten Aufwand von rund 112 000 M (i. V. 88 000 M) abfiel, verursacht durch die gesteigerten Wohlfahrtskosten. Die Folge war eine Erhöhung der Umlagesätze. Dazu sollte noch ein 100-prozentiger Zuschlag zur Bürgersteuer und Biersteuer kommen. Der Bürgerausschuss hat den Voranschlag samt Dedungsvooranschlägen einstimmig abgelehnt.

Wiesloch lang die Gemeindevoranschläge. Der Gemeinderat in Wiesloch hat den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1931/32 beschloffen. Die Sätze der Gemeindevoranschläge konnten gesenkt werden; sie betragen für das Grundvermögen 116, gegenüber 121 im Vorjahr, für das Betriebsvermögen 44 gegenüber 48 Pf. und für den Gewerbeertrag 834 gegenüber 906 Pf. Weiterhin kann das Defizit aus dem letzten Jahr, das durch den Rückgang der Steuererwerbungen, durch Rückgang des Gewerbeertrags und durch die Vermehrung der Wohlfahrtslasten entstanden war, durch die einschneidenden Einsparungen im Voranschlag zum großen Teil gedeckt werden. Sodann konnte das Defizit durch Einführung der Gemeindefürsorge und der Bürgersteuer erheblich herabgemindert werden.

Erweiterung der Wieslocher Wasserwerkungsanlage. Zur Behebung der namentlich in den Sommermonaten auftretenden Wasserknappheit wird zur Zeit die Erweiterung der Wasserwerkungsanlage in Wiesloch vorgenommen, die einen Kostenaufwand von 85 000 M erfordert. Davon entfallen 47 000 M auf das Pumpwerk und 38 000 M auf die Zuleitung. Die Arbeiten, an denen ein großer Teil der Wieslocher Erwerbslosen Beschäftigung gefunden hat, sollen bis zum Sommer beendet sein.

Die Wohlfahrtslasten Karlsruhes. Im städtischen Voranschlag für 1931 hat der Betrag, den die Stadt Karlsruhe aus eigenen Mitteln für die Fürsorge aufbringen muß, eine Steigerung von 5,3 auf 6,1 Millionen Reichsmark, das sind etwa 18 Proz., erfahren. Diese Höhe entspricht etwa der Summe des Anteils der Stadt an den Reichsüberweisungssteuern und des Reinertrages der Grund- und Gewerbesteuer.

Einführung der Trichinenbeschau in Baden-Baden. Wie aus der Baden-Badener Stadtratssitzung bekannt wird, soll auf Antrag der Schlachthofdirektion auch in Baden-Baden die Trichinenbeschau eingeführt werden. Diese Einrichtung wird mit Rücksicht auf den Charakter der Stadt als Weltbad für geboten gehalten. Für bauliche Aufwendungen werden etwa 10 000 M notwendig sein. Ausgenommen von der Trichinenbeschau sollen die Privatabchlachtungen bleiben. Die ganze Frage wird den Stadtrat nochmals beschäftigen.

Theaterzuschuß für das Baden-Badener Theater. Der Kur-ausschuss in Baden-Baden, der über den Haushaltsplan von Kurverwaltung und Theater zu beschließen hatte, stimmte einem Zuschußbetrag in Höhe von 50 000 M an das Theater für die Zeit vom 1. August 1931 bis 1. April 1932 zu.

Der Bürgerausschuss Kork bei Rehl beratschlagte mit 26 gegen 16 Stimmen den Voranschlag 1931. Die Einnahmen sahen 91 967 M, die Ausgaben 63 271 M vor. Der Fehlbetrag von 28 696 M soll durch eine Umlage von 72 Pf., das sind 10 Pf. weniger wie im Vorjahre, gedeckt werden.

Regelung des Durchgangsverkehrs in Lürach. Die Stadt Lürach weiß als Grenzstadt mit der Zunahme des Autobetriebes einen immer stärkeren Durchgangsverkehr nach und von der Schweiz, nach dem Durrheim und nach dem Unterland auf, der sich bisher gänzlich durch das Stadtzentrum bewegte. Um nun den Stadtkern zu entlasten, wird gegenwärtig eine neue Nord-Südverbindung durch Straßenneubau außerhalb des Mittelpunktes geschaffen; zur Umleitung des Straßenverkehrs sind ebenfalls Straßenverbreiterungen vorgesehen, wofür die Stadtverwaltung bei dem auf den 17. April einberufenen Bürgerausschuss insgesamt 107 000 M anfordert. Die Stadt hofft, bei diesen Arbeiten circa 30 Proz. Ausgetretene Beschäftigten zu können. 90 000 M sind durch ein 7,5-prozentiges Darlehen bei der badischen Versicherungsanstalt für Gemeinde- und Körperverwaltungsbeamte aufzunehmen. Ferner hat der Bürgerausschuss zur Unterstützung des Wohnungsbaues ein 3-prozentiges Darlehen von 94 000 M und ein 4-prozentiges von 50 000 M beim Land Baden zu genehmigen.

Die Finanzlage der Stadt Lürach. Nach dem nun vorliegenden Rechenschaftsbericht der Stadt Lürach beträgt das Vermögen 12 646 Mill. Reichsmark, der Schuldenstand 8 368 Mill., so daß ein Reinertrag von 4 278 Mill. verbleibt. Aus dem Rechenschaftsbericht ergibt sich nach Dedung der Mehrausgaben für das Betriebsjahr 1929 ein Überschuss von 61 800 Reichsmark, der zur Dedung des im Rechnungsjahr 1930 entstandenen Fehlbetrags verwendet werden soll.

Wasserwerkungsvereinigung Klein-Eringen-Kirchen. Die schon längere Zeit geplante, jetzt dringend gebotene Wasserwerkungsvereinigung der drei Gemeinden Klein-Eringen-Kirchen ist in ein greifbares Stadium getreten, nachdem endlich Gelder aus dem Entscheidungsantrag für das verlorene linksrheinisch gelegene Gemeindegutamt Hüllig gemacht werden können und ein Zuschuß aus dem Reichsfonds in Aussicht steht. Die amtlichen Stellen wünschen ein Zusammengehen aller drei Gemeinden in Bezug auf die Errichtung eines gemeinsamen Wasserwerkes in Kirchen. Doch ist bereits die Gemeinde Eringen von einem gemeinsamen Unternehmen zurückgetreten. Mit Rücksicht auf die hohen Kosten einer Leitung von Kirchen bis Klein (ohne Anteilnahme von Eringen) hält man es in Klein für ratsamer, ein eigenes Pumpwerk zu errichten. Die nächsten Tage werden die Entscheidung bringen, da man noch ein Gutachten der Geolog. Landesanstalt einholen will.

Der Bürgerausschuss Säckingen beschloß, die Notfälle eventuell auch im Sommer beizubehalten, falls die Verhältnisse, die eine Heine Besserung erfahren haben, sich wiederum verschlechtern sollten und falls die Situation des Voranschlags dieses erlaube. Ferner wurde eine Ermäßigung der Gas- und Lichtstromtarife für die Großabnehmer beschloffen.

Der Voranschlag des Kreises Konstanz für das Rechnungsjahr 1931 schließt in den Einnahmen mit 1 713 590 M und in den Ausgaben mit 1 326 054 M ab. Der ungedeckte Aufwand von 612 464 M soll durch Kreisumlage gedeckt werden, die erst dann festgesetzt werden soll, wenn die Kreissteuerverträge für 1931 bekannt sind.

Literarische Neuerscheinungen

Erinnerungsbüchlein. Ein Werkbuch für alle Tage. Mit Zeichnungen deutscher Künstler und mit Gedichten und Sprüchen alter und neuer Dichter. (1 M. Verlag Fritz Geyher, Berlin-Weißensee.) — Ein Buch für eigene Eintragungen — wie es ein jeder braucht zum Festhalten der wichtigsten Daten aus der Geschichte seiner Familie, der Geburtstage seiner Freunde usw. — in sinnvoller Weise vom Herausgeber des bekannten Kalenders „Kunst und Leben“ mit Bildern versehen und Dichtervorten.

Dr. med. Alfred Brauchle, leitender Arzt des Priebrn-Krankenhaus in Berlin-Mahlow: Lexikon der Naturheilkunde. Nr. 7140. Geheftet 40 Pf., geb. 80 Pf. — Keiner ist mehr berufen als der leitende Arzt des ersten Naturheilkrankenhauses, ein „Lexikon der Naturheilkunde“ herauszugeben. Die Fülle des hier gebotenen Materials ist trotz des engen Raumes erstaunlich. Kurz und klar ist alles gesagt, was wir über die Anwendung von Bädern, Waschungen, Packungen, Güssen, Massage, Sonnen- und Lichtbestrahlungen, Luftbädern, Klopfen, vegetarischer Kost, seelischer Hygiene usw. wissen wollen. In der alphabetischen Reihenfolge findet sich jeder leicht zurecht. Die naturärztliche Auffassung vom gesunden und kranken Leben wird vielerorts schlaglichtartig beleuchtet. Die wichtigsten Krankheiten und Leiden und ihre naturgemäße Behandlung sind dargestellt. Ein billiger und zuverlässiger Führer und Berater für jeden Gesunden und Kranken.

Nicarda Gud: Alte und neue Götter. 1848. (Deutscher Schweizerische Verlagsanstalt (Eigenbödler Verlag) A.-G., Berlin-Jülich.) — Deutschlands größte Dichterin zeigt uns die Geschichte der revolutionären Bewegung der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland in neuem Licht. Es ist keine Schilderung der Tatsachen, die mit den Ausbrüchen des Jahres 1848 endeten, sondern ein Versuch, ihren Zusammenhang mit der unfaßbaren, allmählichen Umwälzung zu beleuchten, die das wesentlich agrarische Deutschland in ein wesentlich industrielles verwandelte, was zugleich eine Verwandlung der Weltanschauung bedeutet. Der Verfasserin ist die schwere Aufgabe geglückt, die Menschen, die diese Umwälzung teils herbeiführten, teils ihr widerstrebten oder von ihr mitgerissen wurden, darzustellen. Ihr großes dichterisches Können ermöglicht eine fesselnde tief durchdachte Schilderung der spannenden und psychologisch hochinteressanten Begebenheiten der Revolution des 19. Jahrhunderts in Deutschland. Die Darstellung gestaltet sich für den Leser zu einem Erlebnis. Zum erstenmal wird er sich bewußt, daß der Kern dieser Revolution nicht in kleinen politischen Zwistigkeiten herrschsüchtiger Staatsmänner liegt, sondern das Erwachen eines bisher durch Uneinigkeiten gehemmten Staates bedeutet. So wird dieses überzeitliche Buch zum notwendigsten Buch dieser Zeit.

Fritz Willfort, Turkestanisches Tagebuch. 6 Jahre in Russisch-Turkestan. Mit 27 Bildern und 2 Karten. (Wilhelm Braumüller, Wien. 328 S. Preis 8 M.) — Das Buch führt den Leser nicht nur das Schicksal des Verfassers, sondern in überaus plastischer und fesselnder Form Land und Leute Turkestans vor Augen, ihre Sitten und Gebräuche, das lebhaft betriebene Treiben der Bevölkerung, die malerischen orientalischen Städte wie Samarkand, die unendlichen Steppen und die phantastische Bergwelt Turkestanens. Immer wieder aber und gegen Ende zu immer drohender ziehen die düsteren Wolken des Krieges mit Hungersnot, Epidemien und Grausamkeiten aller Art, die dann durch die wüsten Greuel der Revolution und Sowjet Herrschaft noch überboten werden, über diese bunten Bilder aus dem Lande der Tausendundeinen Nacht. Es ist ein Buch, das nicht nur die Schicksalsgefährten des Verfassers, sondern auch alle Freunde von spannenden Reisebeschreibungen, Kriegs- und Revolutionsliteratur interessieren muß.

Ein Ludner-Buch für 2,85 M. Graf Ludner, der deutsche Seeheld, weilt noch immer in den Vereinigten Staaten, da ihn die Amerikaner, nachdem er einmal ihre Herzen gewonnen hat, nicht mehr loslassen wollen. In Deutschland vermisst man feind von unermesslicher Hubertität getragenen Vorträge. Der Verlag Kochler & Amelang in Leipzig bringt deshalb in einer Reihe billiger, anerkannt guter Werte eine ungeführte, unveränderte Volksausgabe seines jüngsten Buches „Seeteufel ober Amerika“ zum Preis von nur 2,85 M. heraus und gibt somit, der Not der Zeit Rechnung tragend, jedem Gelegenheit, sich an den Worten und Taten des „Seeteufels“ zu begeistern. Ein preiswertes und doch prächtiges Geschenk für unsere Jugend.

Roland Tenschert: Mozart. (Musiker-Biographien 1. Band.) Neclams Universal-Bibliothek Nr. 1120/21. Geheftet 80 Pf., gebunden 1,20 M. — Auf Grund der neuesten Forschungsergebnisse entwirft der bekannte Musikgelehrte Dr. Roland Tenschert, Archivar am Mozarteum in Salzburg, hier das Bild vom Leben und Schaffen Mozarts, wie es der Auffassung unserer Zeit entspricht. Die Darstellung ist konzerniert und leicht fahlich; historisch nicht einwandfreier Anecdotenstrom wird ferngehalten.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	14. April		18. April	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	168.42	168.76	168.41	168.75
Kopenhagen 100 Kr.	112.23	112.45	112.22	112.44
Italien . . . 100 L.	21.965	22.005	21.97	21.201
London . . . 1 Pf.	20.387	20.427	20.386	20.426
New-York . . 1 D.	4.1955	4.035	4.1965	4.2045
Paris . . . 100 Fr.	16.412	16.452	16.405	16.445
Schweiz . . . 100 Fr.	80.92	80.99	80.83	80.99
Wien 100 Schilling	59.00	59.12	58.995	59.115
Prag . . . 100 Kr.	12.426	12.446	12.427	12.447

Infolge einer Mannheimer Firma. Die bekannte Mannheimer Radio- und Fahrradhandlung Wilhelm Wöhnen hat die Zahlungen eingestellt und, da ein Konkursantrag vorliegt, die Einleitung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens beantragt. Nach den Ausführungen des Rundschreibens wird man wohl mindestens mit einer Quote von 30 Proz. rechnen können. Es heißt, daß die Firma Adam Opel AG. als die größte Gläubigerin für den Fall eines Vergleichs bereit sei, auf 20 000 M. ihrer mehr als 30 000 M. betragenden Forderung zu verzichten.

E. Büchle inhaber: W. Bertsch Kaiserstraße 112 Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei billigst. Berechnung Große Auswahl

Grün & Biffinger, Mannheim. Nach Abzug der allgemeinen Unkosten und Steuern von 1,49 gegen 1,56 Mill. RM. und der Abschreibungen von 526 000 gegen 601 000 RM. werden der Hauptversammlung am 9. Mai aus 1 876 000 gegen 1 882 000 RM. Reingewinn wieder 15 Proz. Dividende vorgeschlagen.

Maschinenfabrik Gröner AG, Durlach. In der Generalversammlung am heutigen Dienstag war ein Aktienkapital von 4 720 200 RM. mit 15 734 Stimmen und 5000 Vorzugsaktien vorhanden. Die einzelnen Punkte wurden einstimmig genehmigt. Das erstmals in der Bilanz aufgeführte Effektkonto stammt nach dem Bericht des Vorstandes aus eigenen Anfäufen des Unternehmens an den Börsen. Die gekauften eigenen Aktien waren für das Zustandekommen des Fusionsvertrages mit der Kaiser AG in Kaiserslautern notwendig. Die Ankäufe erfolgten zum Börsenkurs und es sind weitere Ankäufe vorgesehen. Die Bilanz wurde im übrigen genehmigt und der Reingewinn von 1 342 RM. auf neue Rechnung vorgetragen. Ebenso einstimmig wurde sodann der Abschluß des Fusionsvertrages mit der Pfälzischen Nähmaschinen- und Fahrradfabrik, vorm. Gebr. Kaiser in Kaiserslautern genehmigt. Dieser Vertrag sieht einen Umlauf von je 1500 RM. Kaiser-Aktien in je 300 RM. Gröner-Aktien vor. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß der Fusionsvertrag umfangreiche Kündigungen bei der Kaiser AG, notwendig gemacht habe, daß aber durch Bereitstellung eines besonderen Fonds soziale Härten beseitigt werden würden. — Durch einstimmigen Beschluß wurde alsdann in Verfolg des Fusionsvertrages der Firmennamen in „Gröner-Kaiser AG.“ umändert. Dem neuen Aufsichtsrat werden drei Herren von Gebr. Kaiser angehören. Die statutenmäßig auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder von Gröner wurden wiedergewählt.

Keine Bankfusion in Baden-Baden. Die Meldung über die Fusion zweier Genossenschaftsbanken in Baden-Baden ist unzutreffend. Die Verhandlungen sind über die ersten Besprechungen nicht hinausgekommen, scheinen aber schon gescheitert zu sein.

Badische Tabakmanufaktur „Noth-Händle“ in Lahr i. B. Der 30. September 1930 verminderte sich der Verlustvortrag von 668 814 RM. auf 855 367 RM., nachdem sich der Verlust bereits im vorangegangenen Jahr von 805 420 RM. auf 668 814 RM. vermindert hatte. Die Bilanz verzeichnet bei 2 Mill. RM. Aktienkapital Gläubiger und Rückstellungen in einem Posten mit 2,36 (1,96) Mill. gegenüber 1,76 (0,72) erhöhten Barenvorräten, 0,91 (1,35) gekenteten Außenständen, 0,86 (0,85) Hypotheken, Beteiligungen und Effekten und 1,00 (0,80) Mill. RM. Anlagevermögen.

Sanierung der Ludwigshafener Walmühle. In der Aufsichtsratsitzung am Montag wurde festgestellt, daß das Jahr 1930 nach gründlichster Vereinerung der Bilanz und vorläufigster Bilanzbewertung eine Unterbilanz von 615 114 RM. (im Vorjahr 490 806 RM. Reingewinn) brachte. Die Verwaltung sieht sich veranlaßt, eine Berichtigung der früheren zu optimistischen Goldumstellung von 2:1 vorzunehmen durch Einziehung von 400 000 RM. Stammaktien und 100 000 RM. Vorzugsaktien aus dem Besitze der Gesellschaft und Herabkämpfung beider Aktiengattungen von je 500 RM. auf 200 RM. der Generalversammlung vorzuschlagen. Der hierdurch verfügbare Betrag von 1 915 000 RM. soll zur Deduktion der Unterbilanz, im übrigen zu Abschreibungen und Rücklagen Verwendung finden. Weiter ist eine erhebliche Herabsetzung des Stimmrechts der Vorzugsaktien vorgesehen.

Rehler Hafenverkehr im März. Im abgelaufenen Monat März sind im Rehler Hafen 290 Schiffe mit 71 041 Tonnen Ladung eingelaufen. Davon fuhren 186 mit 69 288 Tonnen zu Berg, 74 mit 1753 Tonnen zu Tal. Abgegangen sind im ganzen 258 Schiffe mit 25 498 Tonnen Ladung, und zwar 166 mit 14 878 zu Berg und 92 mit 10 620 Tonnen zu Tal. Gesamtverkehr im Monat März somit 618 Schiffe mit 96 539 Tonnen Ladung.

Wasser Hafenverkehr im März. Der günstige Wasserstand des Rheins ermöglichte im vergangenen März, daß sieben Schiffszüge mit 14 Rähnen auf dem Rheinstrom nach Basel

gelangen konnten. Den Kanal benötigten 356 Rähne zur Fahrt nach Basel. So ergab sich eine Umlagsmenge von 89 978 Tonnen gegenüber bloß 52 439 im März des Vorjahres. Von diesem Verkehr entfielen auf den offenen Strom 10 210 Tonnen und auf den Kanal 29 768 Tonnen. — Im ersten Vierteljahr 1931 erreichte der Güterumschlag die Rekordsumme von 224 719 Tonnen gegenüber bloß 144 755 Tonnen im letzten Jahr.

Aus der Landeshauptstadt

Badisches Landestheater. Das letzte von Generalmusikdirektor Josef Krips geleitete vollständige Konzert dieser Spielzeit findet am Montag, den 20. April, in der Stadt. Festhalle statt. Zur Aufführung gelangt Haydns Oratorium „Die Jahreszeiten“ unter Mitwirkung des Vokalvereins und des Opern- und Hilfschors des Badischen Landestheaters. Als Solisten wirken Elise Blauf, Wilhelm Kuntz und Franz Schuster mit. — Der Kartenverkauf beginnt schon am Mittwoch, den 15. April, an der Tageskasse des Landestheaters.

Colosseumtheater. Die Direktion macht darauf aufmerksam, daß am Mittwoch, den 15. April, abends 8 Uhr, unüberhörlich die letzte Vorstellung der beiden beliebten und geschätzten Komiker Schmitz-Weißweiler, in dem tollen Schwank „Der verhängnisvolle Frack“ stattfindet. Vorverkauf den ganzen Tag im Zigarrenhaus Mehl, Ecke Waldstraße und Passage.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Der Einbruch kühlerer ozeanischer Luft brachte gestern kräftige Abkühlung, verbunden mit strichweisen leichten Regenschauern. Auf dem Hochschwarzwald ist etwas Schnee gefallen. Heute hat sich bereits der Einfluß eines über England heranziehenden Hochdruckgebietes bei uns durchgesetzt. Im ganzen Land herrscht wieder heiteres aber noch kühles Wetter. Vorort ist auch noch keine wesentliche Erwärmung zu erwarten, da die Zufuhr ozeanischer Luft anhält. — Voraussage: Vormittag heiter, trocken und am Tage nur wenig milder bei nordwestlichen Winden. Nachts stellenweise leichter Frost. Wasserstände. Malbsgut 321 plus 1, Badel 126 plus 1, Schusterinsel 195 plus 9, Kehl 830 unverändert, Marau 511 minus 2, Mannheim 421 plus 1, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Der Zusammenbruch der Drischweier Ländlichen Wirtschaftsgenossenschaft vor Gericht

Dr. Freiburg i. Br., Vor dem Erweiterten Schöffengericht begann heute die Verhandlung gegen den Landwirt Karl Ruhn, den Vorstand und Mitglied der Ländlichen Wirtschaftsgenossenschaft e. G. m. b. H. in Drischweier wegen Vergehens gegen die §§ 146, 147 des Genossenschaftsgesetzes. Der Angeklagte war seit der Gründung im Jahre 1919 bis zum Zusammenbruch der Genossenschaft im August 1929 Richter und erster Vorstand dieser zur Freiburger Richtung gehörenden Genossenschaft. Bei Konkursöffnung stellte sich ein Defizit von rund 30 000 RM. heraus.

Die Verhandlung gestaltet sich außerordentlich schwierig, da der Angeklagte infolge einer Kriegsverletzung fast taub ist. Ruhn hat es unterlassen, die erforderlichen Bücher zu führen, bzw. die Bücher so unordentlich geführt, daß keine richtigen Bilanzen aufgestellt werden konnten. Er soll auch seine privaten Geschäfte mit denen der Genossenschaft verquitt haben. Er hat private Schulden gegen Schulden an die Genossenschaft aufgerechnet, seine privaten Gelder mit denen der Genossenschaft vermengt und auch sonst gegen das Genossenschaftsgesetz und die Satzungen verstoßen. Der Angeklagte hatte keine Ahnung von genossenschaftlicher Buchführung, mußte nicht, was Bilanzen sind und war seiner Aufgabe in keiner Weise gewachsen.

Zu seiner Entlastung weist er darauf hin, daß er mehrfach den Freiburger Revisionsvorstand um Mäßigung der finanziellen Verbältnisse bei der Genossenschaft erucht habe und bei den Generalversammlungen jeweils entlastet wurde. Die

Aufsichtsräte hätten ihn nie kontrolliert und er hätte schon 1926 sein Amt niederlegen wollen, wäre aber von den Genossen aufgefordert worden, sein Amt weiterzuführen. Die Verhandlung, zu der 42 Zeugen und 4 Sachverständige geladen sind, dürfte einige Tage in Anspruch nehmen.

Dr. Heidelberg, 14. April. Montag nachmittag um 3 Uhr überflogen in geringem Abstand drei Segelfluggzeuge der Akademischen Fliegergruppe Darmstadt die Stadt Heidelberg. Es handelt sich hierbei um den ersten großen Geschwaderflug in der ganzen Welt. Die beiden Flugzeuge Darmstadt und Starckenburg landeten etwa um 4 Uhr nachmittags bei Sennfeld, während das dritte Flugzeug unter dem bekannten Segelflieger Grönhoff weiterflog.

Dr. Lampertheim, 13. April. Auf dem Heimweg von einer Versammlung der Nationalsozialisten wurden einige SA-Männer von politischen Gegnern, die sich versteckt gehalten hatten, überfallen. Ein SA-Mann wurde von den Angreifern niedergeschlagen, zwei weitere erlitten Verletzungen. Die Angreifer, die auf dem Rückweg auch gegen einen Polizeibeamten vorgingen, sind zum Teil erkannt.

* Wiesloch, 13. April. Im Jahre 1920 wurde auf der Straße zwischen Wiesloch und Waldorf ein unbekannter Mann erschlagen und beraubt. Nun scheint Licht in jene dunkle Mordgeschichte zu kommen. Wie der „Schweiz. Ztg.“ berichtet wird, ist dieser Tage ein Mann in Waldorf festgenommen worden, dessen Frau (die am Freitag voriger Woche beerdigt wurde) auf dem Totenbett ein Geständnis über den Mord abgelegt haben soll. An dem Raubmord seien vier Männer aus Waldorf beteiligt gewesen. Zwei von ihnen sind bereits gestorben; einer wurde vor Jahren beim Wildern im Wald erschossen, der andere starb auf natürliche Weise. Der Dritte im Bunde, der vermutlich heute gerichtet hat, ist schon vor längerer Zeit nach der Schweiz geflohen. Der Vierte wurde jetzt festgenommen.

Dr. Offenburg, 13. April. Der Streik der Poststandsarbeiter in Offenburg ist dadurch beendet worden, daß das Arbeitsamt auswärtige Arbeitslose zugewiesen hat, nachdem die Offenburger Gewerkschaft die Aufnahme der Arbeit abgelehnt haben. Der von kommunistischen Agitatoren hervorgerufene Streik ist zusammengebrochen.

Dr. Freiburg, 13. April. In der Nacht zum Samstag wurden der hiesige nationalsozialistische Stadtrat Rechtsanwalt Nitis und der in seiner Begleitung befindliche Angestellte des Badischen Reisebüros, Jintzeisen, von 5 Personen, die offenbar der kommunistischen Partei angehören, vor dem Gasthaus zum „Ader“ tätlich angegriffen. Die Angreifer, die mit dem Messer gegen die beiden vorgingen, konnten abgewehrt werden. Dabei griff Jintzeisen mit der rechten Hand in ein Messer und zog fünf Finger in eine schwere Verletzung zu. Die Täter sind entkommen.

Hb. Freiburg, 13. April. In Eichtetten am Kaiserstuhl geriet der Landwirt August Pittin, der in seinem Weinberg mit Rebarbeiten beschäftigt war, mit seinem Schwager Wilhelm Meier in Streit über Erbschaftsangelegenheiten. Schließlich gab Pittin auf seinen Schwager mehrere Schüsse ab, einer drang Meier direkt ins Genick, so daß der Verletzte sofort verstarb. Pittin gab dann noch auf seine Schwester, Frau Meier, einige Schüsse ab und verletzte sie am Oberschenkel schwer. Der Täter wurde verhaftet. Er hatte sich den Revolver im Verlauf des Streites erst aus seinem Haus geholt.

Staatsanzeiger

Totalisator.

Dem Badischen Kennverein in Mannheim ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totalisators bei den am 3., 5. und 10. Mai sowie am 6., 9. und 13. September 1931 in Mannheim stattfindenden Pferderennen erteilt worden.

Karlsruhe, den 10. April 1931.
Der Minister des Innern:
J. B. Weikel

Bekanntmachung.

10. Ordentl. Mitgliederversammlung des Lebensversicherungsvereins der Bad. Landwirtschaftskammer.

Dienstag, den 28. April 1931, nachmittags 5 Uhr, findet in dem Sitzungszimmer der Bad. Landwirtschaftskammer, Karlsruhe, Stephaniensstr. 43, die 10. ordentliche Mitgliederversammlung des Lebensversicherungsvereins der Bad. Landwirtschaftskammer für das Jahr 1930 statt. Zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung ist jedes volljährige Mitglied berechtigt, desgleichen die nicht versicherten Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates, diese aber ohne Stimmrecht.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Geschäfts- u. Rechenschaftsbericht für das Jahr 1930.
3. Genehmigung der Jahresrechnung und Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates des Lebensversicherungsvereins der Bad. Landwirtschaftskammer.
4. Verteilung des Überschusses aus dem Geschäftsjahr 1930.
5. Anträge und Wünsche. S. 124

Der Vorsitzende:
Dr. Graf Douglas.

Karlsruhe. A. 618 Güterrechtsregistereinträge. 1. Zu Band II, Seite 78: Schneider August, Kaufmann, Knielingen und Helene geb. Baum. Vertrag vom 7. März 1903 u. Nachtrag vom 19. Mai 1930. Gütertrennung. 2. Seite 79: Graf August, Friseurgehülfe, Karlsruhe und Julie geb. Krauß. Vertrag vom 24. Febr. 1931. Gütertrennung.

3. Seite 80: Heil August, Friseur, Rorsch u. Maria geb. Bögele. Vertrag vom 3. März 1931. Gütertrennung. 4. Seite 81: Stenz Hermann, Obergeringieur, Karlsruhe und Emilie geb. Meißner. Vertrag vom 25. März 1931. Gütertrennung. 5. Seite 82: Scheid Hermann, Geschäftsführer,

Karlsruhe und Hilde geb. Reichmann. Vertrag vom 3. März 1931. Gütertrennung. 6. Seite 83: Schindele Franz Anton, Kaufmann, Neuburgweiler u. Rosa geb. Schindele. Vertrag vom 17. Febr. 1931. Allgem. Gütergemeinschaft mit Vorbehalt der Frau. 10. April 1931. Amtsgericht Karlsruhe.

Schweizingen. R. 396 Güterrechtsregister Band III Seite 1: Meyer, Friedrich Dietrich, Kaufmann in Schweizingen, und Alwine Anna Charlotte Bihelme geb. Mandel. Vertrag vom 1. April 1931. — Gütertrennung —. Schweizingen, den 10. April 1931. Bad. Amtsgericht I.

Bekanntmachung.

Ordentliche Mitgliederversammlung der Haftpflichtversicherungsanstalt der Bad. Landwirtschaftskammer betr.

Die diesjährige 20. ordentliche Mitgliederversammlung der Haftpflichtversicherungsanstalt der Bad. Landwirtschaftskammer findet am

Dienstag, den 28. April 1931, nachm. 3³⁰ Uhr, in Karlsruhe, im Sitzungszimmer der Bad. Landwirtschaftskammer, Stephaniensstr. 43, statt.

Zu dieser Mitgliederversammlung beehren wir uns ergebenst einzuladen. Zur Teilnahme ist eine Anmeldekarte erforderlich, die spätestens 3 Tage vorher von dem Vorstand anzufordern ist.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht für das Geschäftsjahr 1930.
3. Entgegennahme der Bilanz, der Jahresrechnung und des Geschäftsberichts, sowie Entlastung des Vorstandes und Beirates.
4. Verwendung des Überschusses.
5. Anträge und Wünsche.

Karlsruhe, den 13. April 1931. S. 125
Der Vorsitzende:
Dr. Graf Douglas.

Regie: Dr. Baag
Mitwirkende:
Blank, Haberborn, Reich-Dörich, Kiefer, Löfer, Ritsch, Schoepflin, Straß

Anfang 18 Ende 22 1/4
Preise D (1—3 RM)

Do. 16. 4. Der Hauptmann von Köpenick. Fr. 17. 4. Sylvia läuft sich einen Mann. Sa. 18. 4. Der Hauptmann von Köpenick. So. 19. 4. Der Ring des Nibelungen. Dritter Tag: Götterdämmerung. Im Konzerthaus: Fräulein, das Fräulein.

Drigent: Krips

Bezirksparkasse Stühlingen

(Öffentliche Verbandsparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
Kassenbestand	9 943,75	Spareinlagen	1 358 683,85
Guthaben bei Banken, Komm. Landesbank und Postsparkasse	48 449,98	Aufwertungsparaeinlagen	567 495,47
Berthpapiere	45 531,—	Giro- und Kontokorrenteinlagen	144 974,68
Wechsel	27 671,26	Anlehens- u. andere Schulden (Landwirtschafts-kredite)	46 808,88
Darlehen auf Hypotheken	708 647,66	Ausgabenrückstände	9 500,—
Grundstücksaufgaben	168 757,—	Rücklage von früheren Jahren	72 992,70
Darlehen in laufender Rechnung an Private	215 314,08	Reingewinn pro 1930	22 596,49
Darlehen auf Schuldschein	153 667,10		
Darlehen an Gemeinden	342 406,25		
Aufwertungsfordernngen			
a) Hypotheken	156 284,87 RM		
b) Wertpapiere	67 963,— RM		
Aufwertungsabrechnungs-konto	259 465,39		
Einnahmerückstände	23 925,11		
Grundstücke und Gebäude	2,—		
Geschäftskaufen	1,—		
	2 223 031,45		2 223 031,45

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 1 503 637,98 RM Einlagen = 120 291,03 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 95 589,12 RM
Somit weniger 24 701,91 RM

Stühlingen, den 4. März 1931. R. 387
Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Stodet. Der Geschäftsleiter: Fischer.

Wir werben für Sie!

Druck G. Braun, Karlsruhe.